

# 1 **Von Arbeit leben können – Deutschland braucht den Mindestlohn**

## 2 **Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten**

3  
4 Zur Weiterleitung an SPD-Parteivorstand, SPD-Parteirat, SPD-Bundestagsfraktion,  
5 Vorstand des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, SPD-Fraktion im Landtag  
6 von Nordrhein-Westfalen und Achim Großmann MdB

7 *Die Delegiertenkonferenz der SPD im Stadtverband Eschweiler möge beschließen:*

8 Die SPD im Stadtverband Eschweiler fordert die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro brutto pro Stunde und unterstützt in diesem Zusammenhang die parteiübergreifenden Initiativen und Diskussionen.  
9  
10  
11

12 Zukünftige, an der wirtschaftlichen Entwicklung orientierte, Vorschläge zur Anpassung sollen von einem Mindestlohnrat, angesiedelt beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, bestehend aus Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern<sup>1</sup> sowie Wissenschaftlern, für den Deutschen Bundestag erarbeitet werden. Als Basis für etwaige Anpassungen soll die EU-Definition der Grenze zur Einkommensarmut, d. h. 60 % des durchschnittlichen Nettolohnes, herangezogen werden.  
13  
14  
15  
16  
17

### 18 **Begründung:**

19 Der Wirtschaftsstandort Deutschland lebt vor allen Dingen von drei Erfolgsfaktoren:

- 20 - von gut ausgebildete Arbeitnehmern,  
21 - von einer hohen Produktivität und Innovationskraft, sowie  
22 - einem hohen Maß an sozialem Frieden.

23 Dieser Dreiklang kann nur erhalten werden, wenn die Arbeitnehmer angemessen am wirtschaftlichen Erfolg beteiligt werden. Deutschland liegt jedoch derzeit europaweit am Ende der Reallohnentwicklung.  
24  
25

26 Wer Vollzeit arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können. Der von neoliberalen Politiker und Wissenschaftler propagierte Niedriglohnsektor ist längst Realität.  
27

---

1 <sup>1</sup> Ausschließlich maskuline Formen werden in diesem Text lediglich aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwendet.  
2

28 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland trotz Vollzeitbeschäftigung zu Armuts-  
29 löhnen. Die Tarifbindung nimmt weiter ab. 60 % der Beschäftigten im Niedriglohnsek-  
30 tor haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

31 Nur ein fairer Lohn kann die Basis für eine gesicherte Existenz und einen würdevol-  
32 len Lebensstandard sein. Auch die Gewerkschaften haben dies erkannt und plädie-  
33 ren spätestens seit dem DGB-Bundeskongress im Mai 2006 für die Einführung eines  
34 gesetzlichen Mindestlohnes von 7,50 Euro.

35 18 von 27 EU-Staaten haben gesetzliche Mindestlöhne. Lohnsubventionen, wie der  
36 Kombilohn, sind keine Alternative. Solange damit ein Anreiz für Lohnsenkungen ge-  
37 geben ist, führt jegliche breitenwirksame Förderung von Niedriglöhnen in eine fiskali-  
38 sche und ordnungspolitische Sackgasse. Es muss in Deutschland zu einer gesell-  
39 schaftspolitischen Selbstverständlichkeit werden, dass Arbeitgeber existenzsichern-  
40 de Löhne zahlen.

41 In diesem Zusammenhang können und müssen die sog. Minijobs abgeschafft wer-  
42 den, da sie erstens zu keinen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen  
43 führen und zweitens bei der Einführung eines gesetzlichen und flächendeckendes  
44 Mindestlohnes überflüssig wären.

45 Situationen in anderen EU-Staaten zeigen, dass die Lohnsteigerungen durch die Ein-  
46 führung von Mindestlöhnen überwiegend absorbiert wurden, also zu etwas geringe-  
47 ren Gewinnen führten. Unterm Strich ging die 1999 erfolgte Einführung von Mindest-  
48 löhnen in Großbritannien tatsächlich nicht mit weniger, sondern mit mehr Arbeitsplät-  
49 zen einher. Nach der Einführung des Mindestlohns in Großbritannien hat sich das  
50 reale und relative Lohnniveau im Niedriglohnbereich erhöht und die Lohndifferenz  
51 zwischen Männern und Frauen verringert.

52 Wir können in Deutschland von diesen positiven Erfahrungen profitieren.

53 Eine weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.